

Betreff:

Dringlichkeitsanfrage: Akuter Hitzeschutz in Braunschweig: Was tut die Stadt jetzt?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

29.06.2026

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Sitzungstermin

30.06.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Hitzeaktionsplan der Stadt Braunschweig soll nach bisherigem Stand erst im September öffentlich vorgestellt werden. Aktuell verweist die Stadt vor allem auf Verhaltenstipps, eine Karte kühler Orte und Refill-Stationen für Wasser. Bislang ist nicht erkennbar, dass die Stadt über Hinweise, kühle Orte und Refill-Stationen hinaus sichtbar wirksame Sofortmaßnahmen ergriffen hat – etwa mobile Wasserstellen, zusätzliche Kühlorte, Sprühnebel, direkte Hilfe für besonders gefährdete Menschen oder Ersatzangebote bei ausgefallenen Trinkwasserbrunnen. Für die weiteren drohenden Hitzelagen reicht das nicht aus, denn der Sommer hat gerade erst begonnen. Der Deutsche Wetterdienst warnte bereits in den vergangenen Tagen vor starker bis extremer Wärmebelastung, in Niedersachsen wurde am Wochenende mit 40,2 Grad in Lüchow ein neuer Landes-Hitzerekord gemessen. Auch Braunschweig war massiv betroffen: Für die DWD-Station Braunschweig wurde am 27. Juni 2026 ein Höchstwert von 37,7 Grad ausgewiesen. Und die aktuelle Abkühlung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nächste extreme Hitzelage bereits möglich ist: Wettermodelle und Wetterexpert*innen sehen in etwas mehr als einer Woche die Gefahr einer erneuten, möglicherweise noch stärkeren Hitzewelle. Gerade deshalb braucht Braunschweig jetzt sofort wirksame Maßnahmen, nicht erst einen Hitzeaktionsplan im September.

Hitze ist kein Komfortproblem, sondern eine akute Gefahrenlage. Sie gefährdet Gesundheit und Leben – besonders von älteren Menschen, Kindern, wohnungslosen Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Beschäftigten im Freien.

Auch wirtschaftlich sind die Schäden enorm: Die Hitze- und Dürreschäden der Sommer 2018 und 2019 beliefen sich laut einer Prognos-Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums auf rund 35 Milliarden Euro, eine Untergrenze, da gesundheitliche Folgekosten darin nicht enthalten sind. Eine aktuelle AOK/PIK-Auswertung kommt zudem zu dem Ergebnis, dass schon eine dreitägige Hitzewelle bundesweit rund 32 Millionen Euro zusätzliche Lohnfortzahlungskosten durch hitzebedingte Krankmeldungen verursachen kann. Hitze belastet damit nicht nur Gesundheit und Infrastruktur, sondern auch Arbeitsabläufe, Einzelhandel, Gastronomie und das öffentliche Leben. Wenn die Innenstadt an einem Samstag bei bestem Wetter auffällig leer bleibt, ist das auch ein wirtschaftliches Warnsignal.

Mit einer Karte kühler Orte allein ist es deshalb nicht getan. Eine Karte kühlt niemanden, versorgt niemanden mit Wasser und erreicht keine Menschen, die besonders gefährdet sind. Ebenso wenig ist akzeptabel, dass ausgerechnet während einer massiven Hitzewelle mehrere Trinkwasserbrunnen nicht laufen. Wenn zentrale Trinkwasserangebote ausfallen, braucht es sofort Ersatz – mobile Wasserstellen, zusätzliche Ausgabepunkte, Refill-

Hinweise, Sprühnebel, temporäre Kühlorte und aufsuchende Hilfe.

Andere Städte zeigen, dass kurzfristiger Hitzeschutz möglich ist: Köln setzt bei Hitzelagen Sprühnebel auf zentralen Plätzen ein, Berlin hat Wasserwerfer zur Abkühlung stark frequentierter Orte genutzt, Dortmund arbeitet mit Hitzetelefon, Trinkwasserangeboten in Seniorenbüros und Refill-Strukturen, Dresden mit mobilen Trinkwasserbrunnen samt Vernebelung, Leipzig mit mobilen Trinkwasseranlagen und Kiel mit Wasserauffüllstationen, Planschbecken und Sprinklern bei Veranstaltungen.

Der Verweis auf einen Hitzeaktionsplan im September hilft den Menschen in der aktuellen Hitzelage nicht. Wenn Temperaturen in Braunschweig fast 38 Grad erreichen, Trinkwasserbrunnen ausfallen und die Innenstadt an einem Samstag leer bleibt, braucht es sofortige, sichtbare und verlässliche Maßnahmen. Akuter Hitzeschutz darf nicht erst dann kommen, wenn der Sommer vorbei ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung zu den Auswirkungen der Extremhitze des vergangenen Wochenendes im Stadtgebiet Braunschweig vor – insbesondere zu hitzenbedingten Notfällen, Schäden an Stadtgrün und Verkehrswegen, Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens sowie möglichen Frequenzrückgängen im Innenstadthandel?
2. Welche akuten Sofortmaßnahmen hat die Verwaltung am vergangenen Wochenende kurzfristig ergriffen, um den Schutz vulnerabler Gruppen zu gewährleisten und den Ausfall zentraler Infrastrukturen zu kompensieren?
3. Durch welche strukturellen und operativen Maßnahmen wird die Verwaltung sicherstellen, dass bei zukünftigen Extremhitzelagen eine flächendeckende Gesamtstrategie zur mobilen Wasserversorgung und großflächigen Abkühlung (etwa durch mobile Wasserstellen, temporäre Kühlinseln, zusätzliche Trinkwasserangebote oder Ersatzlösungen bei ausgefallenen Trinkwasserbrunnen) im Stadtgebiet greift, während gleichzeitig die Betriebssicherheit der städtischen Trinkwasserbrunnen garantiert wird?

Zur Dringlichkeit: Die Dringlichkeit ergibt sich aus der aktuellen Hitzelage und weiterer erwarteter Hitzewellen über den Sommer. Das tatsächliche Ausmaß der für das Wochenende prognostizierten Temperaturen war zum Zeitpunkt der Antragsfrist für die Ratssitzung am 17.06.2026 noch nicht absehbar. Zudem wurde erst durch einen Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 28.06.2026 öffentlich bekannt, dass ein Großteil der Trinkwasserbrunnen in Braunschweig außer Betrieb ist.

Anlage/n:

keine